

# Akteneinsicht vorerst abgewendet

**WEILROD - In letzter Minute einigt man sich auf einen Runden Tisch mit der Verwaltung**

VON INKA FRIEDRICH



Zahlreiche Mitarbeiter der Verwaltung waren erschienen, um der Diskussion zu folgen. FOTO: Friedrich

Es war ein denkwürdiger Anblick am Donnerstagabend im Bürgerhaus Emmerhausen, in dem der Haupt- und Finanzausschuss zu einer Sondersitzung zusammenkam, um über die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses zu entscheiden. Denn neben den Ausschussmitgliedern waren zahlreiche Mitarbeiter des Rathauses erschienen. Ging es doch bei dem Antrag der Grünen auch um ihre Gehälter. Und so war es beim Ausschuss rappellvoll.

Dabei betonte Günther Veith, dass es seiner Fraktion, den Grünen, nicht darum gehe, dass die Mitarbeiter zu wenig verdienten, sondern darum, dass man Informationen vorenthalten hätte - wie beispielsweise Unterlagen zur

Stelleneinrichtung, -anhebung und -besetzung sowie Zahlungen persönlicher Zulagen ab dem Jahr 2018. Darüber hinaus genaue Informationen, warum insgesamt drei zusätzliche Erzieherstellen für 45 neue Kindergartenplätze geschaffen werden sollten (wie kommt die Verwaltung darauf?), sowie die Frage, warum eine vierte Wassermeisterstelle geschaffen wurde, wo doch zwei in der Vergangenheit gereicht hätten. Veith an die Mitarbeiter: „Das geht gar nicht gegen Sie, sondern gegen den Bürgermeister.“

Da Akteneinsichtsausschüsse noch nie in Weilrod eingesetzt worden sind, definierte der Ausschussvorsitzende Jens Heuser (FWG) zunächst einmal die Rahmenbedingungen: die Benennung eines konkreten, genau abgrenzbaren Ziels und ein klar definierter Untersuchungszweck. Spätestens hier entbrannte eine zum Teil heftig geführte Diskussion.

### **Informationen aus dem Vorstand**

Denn bevor es überhaupt zu der Benennung konkreter Gründe für den Ausschuss kam, hagelte es von Heuser eine kräftige Rüge in Richtung Grüne. Häuser betonte, dass die Bekanntgabe von persönlichen Daten in einem öffentlich einsehbaren Antrag nicht nur unnötig für die Einsetzung eines solchen Ausschusses gewesen sei, sondern man trotz der Anonymisierung immer noch auf die betreffenden Mitarbeiter schließen könne. Zudem hinterfragte er konkret, woher die im Antrag enthaltenen Daten seien.

Hier musste Günther Veith (Grüne) einräumen, dass tatsächlich Daten aus seiner Zeit im Gemeindevorstand verwendet worden waren. Veith rechtfertigte dies damit, dass diese anonymisiert worden seien und die Verschwiegenheit gebrochen werden könnte, wenn ein öffentliches Interesse bestünde. Diese Argumentation konterte SPD-Vorsitzender Stephan Wetzels, der sagte: „Wer genau definiert das öffentliche Interesse? Sie spielen sich hier als Ankläger und Richter auf und verwenden vertrauliche Informationen aus dem Gemeindevorstand. Das ist unredlich.“ Inhaltlich sah er die Antragsstellung in vielen Punkten als unzulässig an.

### **Diskussion dreht sich im Kreis**

Indes waren die von Veith genannten Begründungen zur Einsetzung eines Ausschusses für Heuser zu weit gefasst, „Sie können doch nicht erwarten, dass wir uns alle Personal-Akten von 2018 ab ansehen und jede einzelne Stelle überprüfen?“ Genau um diesem Punkt drehte sich die Argumentation fast eine Stunde im Kreis. Waren die Gründe für Heuser zu wenig konkret, für Wetzels in fast jedem Punkt juristisch unzulässig (da zum Teil in der Begründung und nicht im Antrag) und für Markus Hammer (FWG) ein Beispiel für Doppelmoral, so beharrte Veith darauf, die Gründe zur Einsetzung des Aus-

schusses explizit benannt zu haben. An diesem Punkt kündigten sowohl die FWG wie auch die SPD an, die Einrichtung des Akteneinsichtsausschusses abzulehnen, weswegen dann nur noch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht übrig bliebe.

Unterstützt wurden die Grünen übrigens von der CDU, die jedoch hervorhob, dass den Christdemokraten zwar die Begründung für Personalentscheidungen vonseiten der Verwaltung fehlten, sie aber das Mittel Akteneinsichtsausschuss nicht unterstützten. „Wir wären auch schon mit einer schriftlichen Beantwortung zufrieden“, sagte David Vonrath. Dann als kaum einer mehr daran zu glauben schien, einigten sich Grüne und CDU mit der Verwaltung, den Freien Wählern und der SPD darauf, sich mit dem Gemeindevorstand an einen Runden Tisch zu setzen und sich die angefragten Zahlen dort präsentiert zu lassen.

Zu dem Akteneinsichtsausschuss kommt es also nicht - zumindest vorerst. Dies hatte vielleicht auch damit zu tun, dass die angekündigte Ablehnung eines solchen Ausschusses eine (vielleicht Jahre dauernde) Klage vor dem Verwaltungsgericht nach sich gezogen hätte. Ob diese Zahlen explizit den Grünen dann reichen werden, wird sich zeigen.

## LESERMEINUNG

# „Daher ist eine Opposition so wichtig“

## Zur Diskussion um den von der Weilroder Grünen-Fraktion beantragten Akteneinsichtsausschuss:

„Wir sind für größte Transparenz“, sagt Bürgermeister Esser, ohne rot zu werden. Die Frage ist dann natürlich, warum es ihm bisher nicht möglich war, einfache Fragen zum Stellenbesetzungsplan der Gemeinde zu beantworten.

Vor allen Dingen bleibt rätselhaft, warum einzelne Abgeordnete es für nötig befinden, die Grünen respektive ihre Vertreter auf eine Art und Weise anzugreifen, die nichts, aber auch gar nichts mit der Sache zu tun hat; offenbar muss von etwas abgelenkt werden. Von gelangweilten Pensionären ist da die Rede, die nur die Zeit der Verwaltung vergeuden wollen, von mangelndem Respekt vor der Demokratie (was besonders perfide ist, weil es die Verwaltung ist, die sich gern mal über geltende Beschlüsse hinwegsetzt) und „grünen-üblicher Doppelmoral“.

An Selbstbewusstsein mangelt es der Verwaltung jedenfalls nicht: Deren Arbeit sei so gut, da müsse gar nichts kontrolliert werden - das ist mal ein interessantes Demokratieverständnis. Wenn eine Regierung keinerlei Kontrolle unterliegt, dann wird sie zur Diktatur.

Außer der Regierung selbst kann das niemand wollen, daher ist eine Opposition, die auch arbeiten kann, so wichtig. Lassen wir uns nicht entmutigen von Wut und fehlender Professionalität. Lasst uns besser sein.

**Xenia Schein**

Weilrod